



Sprühen lassen oder im Zaum halten?

S. 10

«Ich ermuntere Frauen, gleichen Lohn einzufordern»

S. 11

Stopp Steuergeschenke für Spritfresser

S. 12

Weg mit der ungerechten Pauschalsteuer

Jetzt kommt der steuerpolitische Showdown. Die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» macht Druck auf Steuerprivilegien und Steuergeschenke. Wir können gewinnen. Corrado Pardini

Die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» ist unsere Antwort auf die kurzsichtige und gefährliche Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit im Grosse Rat, die weiterhin auf Steuerprivilegien für Reiche setzt. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern lancierte sie vor zwei Jahren mit der Unterstützung der rot-grünen Parteien im Anschluss an die Steuergesetzrevision 2010 mit Steuerausfällen von jährlich 300 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden. Wir gingen davon aus, dass die bürgerliche Finanzpolitik wie ein überschnelles Auto irgendwann aus der Kurve getragen würde. Dies ist nun passiert. Diese Finanzpolitik ist ungerecht und zieht dem Service public im Kanton Bern den Boden unter den Füssen weg.

Keine Sonderregelungen für reiche Ausländer

Zudem war schon damals klar, dass die ungerechte Pauschalsteuer für Ausländer dringend abzuschaffen ist. Sie widerspricht der Verfassung, weil sie gegen den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verstösst. Sie ist ungerecht und bevorzugt diejenigen, die bereits in der Sonne stehen. Im Kanton Bern verdreifachte sich

die Zahl der Pauschalbesteuerten seit dem Jahr 2000. Die normalen Steuerzahler haben das Nachsehen – sie können nicht mit der grosszügigen Nachsicht rechnen, mit der die Steuerverwaltung diesen reichen Steuerflüchtlingen den Weg in die Berner Alpen ebnet. Der Kanton Zürich hat diese ungerechte Steuer in einer Volksabstimmung 2009 abgeschafft.

Wir setzen auf Chancengleichheit für alle. Die Bürgerlichen wollen eine Ellbogengesellschaft, in der sich nur Reiche und Privilegierte durchsetzen.

Wir setzen auf einen gut finanzierten Service public für alle. Die Bürgerlichen betreiben Staatsabbau mit dem Vorschlaghammer.

Wir wollen eine seriöse, langfristige Finanzpolitik. Die Bürgerlichen wollen dem Kanton finanzpolitisch die Luft abdrehen und eigene Privilegien schützen.

Wir glauben an das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenzial des Kantons. Die Bürgerlichen reden den Kanton Bern schlecht.

Stopp der bürgerlichen Klientelwirtschaft

Die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» ist das richtige Rezept. Die hinter einem neoliberalen Weltbild betriebene Klientelpolitik der Bürgerlichen dürfen wir nicht stehen lassen. Wir haben es in der Hand, am 23. September 2012 für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und die Finanzpolitik des Kantons neu auszurichten mit einem deutlichen JA zu «Faire Steuern – Für Familien».

Mehr Infos zur Initiative und Bestellung Material:

www.fairesteuern.ch



Corrado Pardini, Nationalrat SP und Co-Präsident Komitee «Faire Steuern – Für Familien»

TSCHOU

Mit 66 Jahren fängt das Leben an

Viele SP-Mitglieder über 60 erleben in der Partei das Gleiche: Meist waren wir ein Leben lang aktiv, viele von uns hatten wichtige und weniger wichtige



Ämter inne. Plötzlich beginnt unsere Selbstzensur zu ticken und flüstert: tritt zurück, mach den Jungen Platz, sie sind

unsere Zukunft. Und wir machen Platz. Was eigentlich richtig ist! Doch was passiert mit uns? Wurdn nicht viele von uns radikaler im Alter, weil wir auf niemanden mehr Rücksicht nehmen müssen? Und ist es nicht schade, dass unser Einfluss in der Partei schwindet?

In einer kantonalen Arbeitsgruppe haben sich interessierte ältere SP-Mitglieder gefunden. Für viele von uns ist klar: Wir möchten zurück in die Parteiarbeit oder aktiv dranbleiben. Wir haben mehr Zeit als früher. Wir werden tagsüber tagen und nicht abends, wir werden uns melden, wenn der Aspekt Alter vergessen ging. Wir werden politisieren, ohne dauernd das Gefühl haben zu müssen, ins zweite Glied zu gehören.

Am 28. November 2012 führt die SP Kanton Bern eine Impulstagung zum Thema durch. Sie ist offen für alle über 60-jährigen Mitglieder der SP Kanton Bern. Die detaillierte Einladung folgt Anfang September an alle Interessierten und in den SP-Publikationen. An dieser Tagung wollen wir diskutieren, was für politische Inhalte uns Alte interessieren und ob wir eine SP 60+ Organisation gründen wollen.

Liselotte Lüscher, Mitglied Arbeitsgruppe SP 60+

MITMACHEN BEI SP 60+
Melden bei Angelika Neuhaus
angelika.neuhaus@spbe.ch

23. September 2012

Stopp

Pauschalsteuer für reiche Ausländer

JA zur Volksinitiative «Faire Steuern – Für Familien»

2 Kantonales Steuergesetz

1 Volksinitiative Faire Steuern – Für Familien ja nein

2 Gegenvorschlag des Grosse Rates

3 Stichfrage Volksinitiative Gegenvorschlag

www.fairesteuern.ch
Demokratisches Komitee Faire Steuern, Pratteln, 3000 Bern 23

Service public statt Vorschlaghammer

Wir stehen vor einer fundamentalen Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Berner Steuer- und Finanzpolitik:

Wir wollen eine gerechte Steuerbelastung, die alle gemäss Verfassung gleich behandelt. Die Bürgerlichen verteidigen unhaltbare Privilegien und betreiben den Ausverkauf demokratischer Werte.



SPITZE FEDER

«Eine Art höherer Blödsinn»

Dieser NZZ-Zwischentitel verfolgt mich in letzter Zeit in vielen politischen Fragen. Und er ist tatsächlich nicht nur für das Vorgehen



der Stadtberner Mitte-rechts-Parteien in Sachen Stadtpräsidiums-Kandidaturen geeignet.

Auch das Eidgenössische Nukle-

arsicherheitsinspektorat ENSI hat sich diese Worte zum Leitfaden genommen. 2004 hatte ein unabhängiges Expertenteam festgestellt, dass in der Schweiz deutlich stärkere Erdbeben denkbar sind als bisher angenommen. So sollen z. B. in Mühleberg Beschleunigungen bis 0.39 g möglich sein. (Für diejenigen, welche Physik nicht als Lieblingsfach belegten: $g=m/s^2$, also Zu-/Abnahme der Geschwindigkeit pro Zeiteinheit). Damit die alten AKW dieser gewaltigen Kraft standhalten können, wären grössere Investitionen nötig gewesen. Der AKW-Betrieb wäre unrentabel geworden. Doch die Atomlobby hat gewirkt und beim ENSI den Wert unter anderem mit einer selber verfassten «Verfeinerungs-Studie» auf 0.24 g reduzieren lassen. Dieser Beschleunigung können die heutigen AKW angeblich standhalten und deshalb gilt jetzt offiziell: Die Schweizer AKW sind erdbebensicher.

Das Ganze ist etwa so, wie wenn der Kanton Bern die maximale Wassermenge der Aare auf denjenigen Wert festlegen würde, der keine Investitionen in Hochwasser-Schutz nötig macht. Dumm nur, dass sich die Natur weder bei Regen noch bei Erdbeben an solche willkürlichen Normen halten wird. Sie sind wohl auch eine Art höherer Blödsinn.

Daniel Furter, Parteisekretär
SP Kanton Bern



Michael Aebersold übernimmt von Margreth Schär die Fraktionsleitung im Grossen Rat.

Sprühen lassen oder im Zaum halten?

Nach sechs Jahren an der Spitze der SP/JUSO/PSA-Fraktion tritt Margreth Schär zurück. Ihr Nachfolger Michael Aebersold und sie stellen sich Fragen zur Führung dieses spannenden Amtes.

Michael: Margreth, du hast sechs Jahre die Fraktion geleitet. Hast du genug?

Margreth: Nein, überhaupt nicht! Es ist eine spannende Aufgabe, die Session vorzubereiten, den richtigen Leuten die Geschäfte zuzuteilen und darauf zu achten, dass die wichtigen Themen ausreichend diskutiert werden, bis die Haltung der Fraktion klar ist. Ebenso wichtig ist aber auch die richtigen Themen zu setzen und dranzubleiben, wenn sich der Erfolg nicht sofort einstellt. Dabei ist es kaum zu vermeiden, dass du dem einen oder andern Fraktionsmitglied auch mal auf die Nerven gehst.

Margreth: Was motiviert dich, meine Nachfolge anzutreten?

Michael: Der Kanton Bern steht vor riesigen Herausforderungen. Als Fraktionspräsident will ich an vorderster Front für einen fortschrittlichen, sozialen und ökologischen Kanton Bern kämpfen. Dabei kann ich auf eine rot-grün dominierte Regierung sowie eine kompetente und engagierte Fraktion zählen. Das motiviert mich,

dieses spannende Amt zu übernehmen und deine hervorragende Arbeit weiterzuführen.

Michael: Welches waren deine grössten Erfolge und wo siehst du Handlungsbedarf?

Margreth: In der letzten Legislatur waren die Stimmenverhältnisse oft so eng, dass wir mit guter Präsenz eine Abstimmung zu unseren Gunsten entscheiden konnten. Das Gesetz über die Förderung des gemeinnützigen Mietwohnungsbaus und die Vorlage zum AusländerInnenstimm- und -wahlrecht haben wir so gewonnen. Die neue Zusammensetzung im Grossen Rat mit mehr Fraktionen verlangt, dass wir wechselnde Koalitionen eingehen, um unsere Anliegen durchzubringen. Da musst du dein Verhandlungsgeschick anwenden.

Margreth: Wo siehst du die politischen Schwerpunkte der laufenden Legislatur?

Michael: Die Finanzen sind und bleiben *das* Thema. Wir müssen weitere Steuerausfälle verhindern. Dafür brauchen wir eine Mehrheit in der Bevölkerung. Das heisst: überzeugen, überzeugen, überzeugen... Eine wichtige Weichenstellung kann die Bevölkerung mit einem Nein zum Volksvorschlag bei der Abstimmung über die Senkung der Motorfahrzeugsteuern und mit einem Ja zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien» im

September vornehmen. Die Spitalversorgung und die Sanierung der Pensionskassen sind weitere brennende Themen. Die Arbeit geht uns nicht aus!

Michael: Was sollte ich mir als Fraktionspräsident wünschen, wenn die berühmte Fee mit drei Wünschen zu mir kommt?

Margreth: Eine grosse, vor Ideen sprühende Fraktion, die schwer im Zaum zu halten ist.

Eine Ratsmehrheit, die wie die SP zum Wohl der Bevölkerung politisiert.

Entscheide bei Steuern, Energiepolitik, Klima, Gesundheitsversorgung, Familienunterstützung und Personalpolitik, die langfristig dem Kanton Bern den Wohlstand erhalten.

Margreth: Wenn wir schon am Wünschen sind: Was wünschst du dir in der realen Politikwelt?

Michael: Der erste Wunsch ist bereits erfüllt! Ich lasse aber offen, ob das Sprühen oder im Zaum halten wichtiger ist. Ich wünsche mir aber viele engagierte Menschen, für die Solidarität nicht eine Floskel ist. Ich wünsche mir – und dafür setzte ich mich mit aller Kraft ein – eine Politik, in welcher der Mensch im Mittelpunkt steht.

Margreth Schär, Grossrätin und Präsidentin der SP/JUSO/PSA-Fraktion von 2006 bis Juni 2012

Michael Aebersold, Grossrat und Präsident der SP/JUSO/PSA-Fraktion ab Juli 2012

«Ich ermuntere Frauen, gleichen Lohn einzufordern»

Die SP-Frauen-Seite widmet sich dieses Jahr dem Thema **Lohngleichheit**. Nach der kantonalen Schlichtungsstelle (Mai-Ausgabe) haben wir jetzt auf dem Unia-Sekretariat in Biel nachgefragt. Dort berät Teresa Matteo Frauen bei Lohngleichheitsklagen.

Mit welchen Problemen und Anliegen kommen Frauen zu dir in die Beratung?

Teresa Matteo: Ich berate und unterstütze Frauen in ganz verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit. Dazu gehören Kündigungen, nicht bezahlte Löhne oder Fragen im Zusammenhang mit den Sozialversicherungen.

Ist bei dir auch die Lohngleichheit ein Thema?

Sie ist manchmal ein Thema. Die Beweislage ist leider oft schwierig. Nach wie vor ist die Höhe des Lohnes in der Schweiz ein wohlgehetetes Geheimnis, so dass Lohnunterschiede in einem Betrieb nicht offen thematisiert werden.

Welche Unterstützung kann die Gewerkschaft den Ratsuchenden bieten?

Wir beraten die Frauen umfassend und unser Grundsatz lautet konsequent: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Wir müssen jeweils den Einzelfall anschauen, die vorhandenen Unterlagen analysieren und das weitere Vorgehen mit den Vor- und Nachteilen gemein-



Unia-Sekretärin Teresa Matteo: «Notwendig ist aber auch, dass die Arbeitnehmenden über ihre Löhne sprechen.»

sam klären. Wenn es sich herausstellt, dass die Frau aufgrund ihrer Funktion lohnmassig diskriminiert wird, so werden wir sie unterstützen, wenn sie sich auf prozessualen Weg dagegen wehrt. Wir ermuntern Frauen, dies zu tun. Gestützt auf das Gleichstellungsgesetz kann die Gewerkschaft auch eine Verbandsklage einreichen, wenn der Ausgang des Verfahrens sich voraussichtlich auf eine grössere Zahl von Arbeitsverhältnissen auswirken wird.

Wo siehst du den grössten Handlungsbedarf?

Ganz klar in der Offenlegung der

Löhne seitens der Arbeitgeber. Notwendig ist aber auch, dass die Arbeitnehmenden über ihre Löhne sprechen. Ferner braucht es ein gesellschaftliches Umdenken – es fehlt immer noch an der nötigen Sensibilität in Sachen Gleichstellung. Es bleibt viel zu tun in diesem Themenbereich.

Vielen Dank für dieses Gespräch.

Das Interview führte **Barbara Nyffeler**.

Teresa Matteo ist Gewerkschaftssekretärin und arbeitet seit 2004 bei der Unia Biel-Seeland. Sie ist in der Rechtsberatung tätig und betreut die beiden Unia-Gruppen Frauen und Migration. Zudem ist sie Fachrichterin bei der kantonalen Schlichtungsstelle.



SP-FRAUEN

Was ist uns Pflege wert?

Pflegfachleute verdienen im Kanton Bern 0,8 bis 4,5 Prozent weniger – im gesamtschweizerischen und im Vergleich mit den umlie-



genden Kantonen. Allerdings ist die Datenlage nicht eindeutig, da es im Gesundheitswesen unterschiedliche gesetzliche

Grundlagen und verschiedene Arbeitgeber gibt. Daten für Lohnvergleiche mit anderen Berufen fehlen vollkommen. Das ist der bürgerlichen Mehrheit im Grosse Rat aber egal: Sie hat es abgelehnt, dass ein Bericht zur Lohnsituation für den Altersbereich erstellt wird.

Dabei ist die Lage ernst: Der Mangel an diplomierten Pflegefachpersonen führt schon jetzt zu gravierenden Problemen und Studien zeigen, dass in den nächsten 20 Jahren Pflegende in grosser Zahl fehlen werden. Erstens gibt es weniger Jugendliche, zweitens bleiben zu viele ausgebildete Pflegende nicht lange im Beruf und drittens werden in den nächsten Jahren sehr viele Berufsangehörige pensioniert. Der Berufsnachwuchs kompensiert die Abgänge in keiner Weise.

Es sind in erster Linie gute Arbeitsbedingungen nötig, das bedeutet genügend Zeit- und Personalressourcen, Weiterbildungsmöglichkeiten und eben auch ein Lohn, welcher der anspruchsvollen Tätigkeit gerecht wird. Aber die Frage, ob die Pflege angemessen entlohnt wird, kann mangels Daten von der Regierung nicht einmal beantwortet werden. Diese Geringschätzung ist für den Pflegenotstand verantwortlich. Und das können wir uns schon längst nicht mehr leisten.

Irène Marti Anliker, Grossrätin

ANLAUFSTELLEN BEI LOHNDISKRIMINIERUNG

Wer hilft weiter, wenn frau den Verdacht hat, sie erhalte für eine gleichwertige Arbeit nicht den gleichen Lohn? Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann empfiehlt ein schrittweises Vorgehen:

- Informationen beschaffen.
- Darüber reden – mit dem oder der Vorgesetzten.
- Fachleute kontaktieren. Gute Anlaufstellen sind die Gewerkschaften und Personalverbände. Die kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und

Mann bietet auch Beratung an, ebenso wie die Frauenzentrale Bern oder frac Biel/Bienne.

- Aussergerichtliche Lösung suchen – im Kanton Bern bei der Schlichtungsstelle.
- Gerichtsverfahren einleiten.

Auf der Website (www.ebg.admin.ch) des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann findet sich auch ein Leitfaden (Mein Lohn unter der Lupe), wie frau ihren Lohn überprüfen kann.

ENDSPURT

Stopp Steuergeschenke für Spritfresser

Am 23. September findet endlich die Wiederholung der Motorfahrzeugsteuer-Abstimmung statt. Es geht um viel: Wenn der verantwortungslose Volksvorschlag durchkommt, müssen in der eh schon knappen Kantonskasse nochmals 100 Millionen weggespart werden. Das bedeutet weiteren Abbau z.B. bei der Bildung, beim öffentlichen Verkehr, bei Spitälern und Spitex, aber auch beim Strassenunterhalt und der Verkehrssicherheit.

Es besteht breiter Konsens, dass dieser Volksvorschlag keine sinnvolle Steuersenkung darstellt. Er belohnt Spritfresser und Garagisten und setzt zu wenig Anreize für den ökologischen Fahrzeugkauf. Nur die SVP und einige Garagisten stehen hinter der Vorlage. Dennoch fand der Volksvorschlag das letzte Mal eine äusserst knappe Mehrheit, weil viele Leute die Stichfrage nicht beantwortet hatten.



Darauf folgten Nachzählforderung, verschwundene Stimmzettel und schliesslich Klagen vor dem Bundesgericht. Jetzt steht fest: Am 23. September haben wir die Chance, den verantwortungslosen Volksvorschlag zu beerdigen und Ja zur vernünftigen Vorlage des Grossen Rates zu stimmen. Diese bringt starke ökologische Anreize und eine angemessene Steueranpassung.

Diese Abstimmung wird sicher als diejenige Abstimmung in Erinnerung bleiben, die am meisten

Unklarheiten ausgelöst hat. Es ist jetzt an uns zu schauen, dass sie nicht auch als diejenige Abstimmung in Erinnerung bleibt, die die Kantonsfinanzen aus der Bahn warf. Deshalb ist grösstes Engagement auf allen Ebenen gefragt.

Bitte bestellt Kampagnenmaterial: www.spbe.ch/bestellungen, Telefon 031 370 07 80

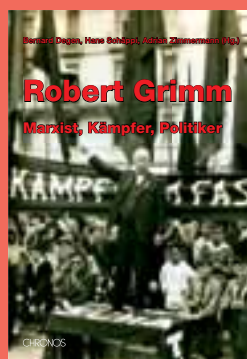
www.volksvorschlag-nein.ch

ROTES BRETT

21. August 2012, 18 Uhr, Rathaus Bern
**EINLADUNG ZUR BUCH-VERNISSAGE
 «ROBERT GRIMM: MARXIST, KÄMPFER,
 POLITIKER»**

Moderation: Hans Schächli, Mitherausgeber Buchpräsentation und Dank: Bernard Degen, Mitherausgeber. Grussbotschaft: Andreas Rickenbacher, Regierungspräsident. Kurze Ansprache: Robert Grimm (Tondokument). Kurzreferat «Opposition in der Schweiz»: Jakob Tanner, Mitautor und Professor an der Universität Zürich. Apéro offeriert vom Regierungsrat des Kantons Bern. Alle Mitglieder sind herzlich zur Vernissage im Rathaus Bern eingeladen.

Zum Buch: Der Sozialdemokrat Robert Grimm (1881–1958) kann als interessantester und bedeutendster Schweizer Politiker des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. So stand er 1918 bei der praktischen Umsetzung im Landesstreik an der Spitze der Streikleitung. Er hinterliess ein ausserordentlich breites, von historischen Studien bis zu aktuellen Polemiken reichendes



publizistisches Werk. Die Herausgeber Bernard Degen, Hans Schächli und Adrian Zimmermann haben zwölf Beiträge namhafter Autorinnen und Autoren gesammelt, welche die verschiedenen Facetten dieser herausragenden Politikerpersönlichkeit beleuchten. Bestellung: www.chronos-verlag.ch oder im Buchhandel

Gratis ins:
SINFONIE ORCHESTER BIEL
www.ogb-sob.ch

Mi 12. September, 20 Uhr, Kongresshaus Biel
1. Sinfoniekonzert: Evolution
 Pro Vorstellung erhalten zwei Personen gegen Vorweisen der SP-Karte freien Eintritt.
 Reservation direkt: Telefon 032 328 89 70

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

PAROLEN

Abstimmungsparolen der SP Kanton Bern für den 23. September

Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen

Ja zur Änderung der Kantonsverfassung
Ja zur Änderung des Gemeindegesetzes

Kantonales Steuergesetz

Ja zur Volksinitiative «Faire Steuern – Für Familien»

Nein zum Gegenvorschlag des Grossen Rates
Stichfrage: Kreuz bei Volksinitiative setzen!

Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge

Ja zur Vorlage des Grossen Rates

Nein zum Volksvorschlag

Stichfrage: Kreuz bei Vorlage GR setzen!

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die SP Kanton Bern sucht per 1. November 2012 oder nach Vereinbarung eine/einen

CAMPAIGNERIN/CAMPAIGNER
 (60 bis 70 %)

für die Führung von Abstimmungs- und Wahlkampagnen und mit Verantwortung für die Publikationen. Alle Informationen im nationalen links oder auf www.spbe.ch >Offene Stellen
 Bewerbungsfrist: 26. August 2012

AGENDA

Bildungsveranstaltung:

Wir basteln Plakatständer

Di, 28. August, 18.30–21 Uhr

Anmeldung und Meldung der Anzahl Plakatständer bis eine Woche vor der Veranstaltung erforderlich: sekretariat@spbe.ch

Impulstagung SP 60+

Mi, 28. November 2012, 14–17 Uhr

Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern

Interessierte melden sich bei:

angelika.neuhaus@spbe.ch

Parteitage 2013

30. Januar, 19 Uhr

15. Juni, 10 Uhr

27. November, 19 Uhr

Alle Termine

www.spbe.ch/agenda